

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 30 (1989)  
**Heft:** 18

**Artikel:** Warnung vor der Restauration  
**Autor:** Pozsgai, Joseph / Brügger, Christian  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1093696>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Joseph Pozsgai und Christian Brügger zur kritischen Gesamtlage in der Sowjetunion

# Warnung vor der Restauration

**In der Sowjetunion war eine Umgestaltung, eine Perestrojka, deshalb nötig geworden, weil es so wie bis dahin nicht mehr weiterging. Sie war ein Kind der latenten Krise, die man euphemistisch Stagnation nannte. Aber inzwischen häufen sich die Symptome dafür, dass es auch mit der Perestrojka selbst nicht mehr so weiter geht wie bis anhin, und das führt zu einer akuten Krise, der Krise der Remedur. Sie spitzt sich zu.**

Die Veränderungen haben in nationalen, politischen und gesellschaftlichen Belangen solche Ausmasse angenommen, dass die ordnungsbewahrenden Kräfte notgedrungen bereits zu ordnungswiederherstellenden Kräften geworden sind und sich auch immer deutlicher als solche vorstellen. Dementsprechend sammeln sich zurzeit restaurative Elemente, wenn auch in unterschiedlicher Zusammensetzung und mit unterschiedlichen Zielen. Wie jede gesamtheitliche Krise schüttelt auch diese die Kriterien und Zugehörigkeiten durcheinander. Es gibt Reformen mit gegensätzlichen Vorstellungen, und es gibt Antireformen mit gegensätzlichen Vorstellungen.

### Zwei Hauptfronten und keine Wirtschaft

Zwei Hauptfronten sind aber deutlich auszumachen. In der nationalen Frage stehen die zentrifugalen Kräfte (welcher politischen Couleur auch immer) den zentripetalen Kräften (welcher politischen Couleur auch immer) gegenüber. In der politisch-gesellschaftlichen Auseinandersetzung gibt es jene, denen die bisherigen Änderungen nicht genügen, und es gibt jene ändern, denen sie schon viel zu weit gehen, und der Kompromiss wird desto schwieriger, je weniger beide Seiten mit der Zwischenbilanz der Gegenwart zufrieden sind.

Und die Gegensätze bezüglich der wirtschaftlichen Neugestaltung? Diese war ein prioritäres Motiv bei der Auslösung der Perestrojka und ist jetzt seltsam sekundär geworden. Hier scheint es – vereinfacht gesagt – lauter Reformbefürworter und keine Reformmacher zu geben, und weil sich die materielle Lage dabei eher verschlechtert als verbessert, steigt der allseitige Unmut mit gegenteiliger Schuldzuweisung. So kommt es, wenn man die Umgestaltung sabotiert, sagen die einen; so kommt es, wenn man die sozialistische Ordnung sabotiert, sagen die

ändern. Aber per se sind die Wirtschaftsreformen einfach deshalb weniger kontrovers, weil sie noch gar nicht richtig gegriffen haben. Auch das gehört zur kritischen Gesamtlage, aber die Alarmknöpfe betätigt man wegen der drohenden Sezession verschiedener Unionsrepubliken und wegen der gesellschaftspolitischen Verhältnisse, die ins Schleudern gekommen sind.

### Warnung vor der Sezession

Die Zuspitzung der nationalen Frage quittierte das Zentralkomitee der KPdSU mit seiner Erklärung vom 26. August zur Entwicklung im Baltikum.

Die unmittelbare Reaktion der Parteizentrale gilt den Demonstrationen in Estland, Lettland und Litauen zum Jahrestag des Hitler-Stalin-Paktes vom 23. August 1939, dessen Zusatzprotokoll das Baltikum der sowjetischen Einflussosphäre zuwies. Die baltische Bevölkerung hat jener Neuordnung Europas nun dieses Jahr mit einer Menschenkette gedacht, welche die drei Hauptstädte der Region verband. Dazu kommt noch aus Vilnius eine so gut wie offizielle Verneinung der Legitimität sowjetischer Macht. Der Oberste Sowjet Litauens hat am 22. August einen Bericht angenommen, der sowohl die sowjetischen Verträge mit Hitlerdeutschland als auch die dadurch ermöglichte und danach erzwungene Aufnahme Litauens in die UdSSR von 1940 für ungültig erklärt.

Was soll Moskau darauf antworten, wenn es seinen Anspruch auf das Baltikum weiterhin aufrechterhalten will?

Die Abfolge der fraglichen Ereignisse ist folgende: Am 23. August 1939 kam es zu Pakt und Zusatzprotokoll (Litauen wurde nachträglich im Austausch gegen polnisches Gebiet in die sowjetische Einflussosphäre aufgenommen) und am 28. September 1939 zu einem Freundschaftsvertrag zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und der sozialistischen Sowjetunion. 1940 liess sich die Sowjetmacht, die inzwischen das Baltikum militärisch besetzt hatte, in einer von ihr kontrollierten Abstimmung den angeblichen Wunsch Litauens (wie auch Lettlands und Estlands) nach Eintritt in die Sowjetunion bestätigen und «entsprach» ihm dann. 1941 brach Hitler seine Verträge mit der Sowjetunion und besetzte seinerseits das

Baltikum. 1944 befreite wiederum die Rote Armee die drei baltischen Länder, und zwar in deren Eigenschaft als 1940 (also zur Zeit des Paktes mit Hitler) gültig ausgerufene Sowjetrepubliken.

Eine andere Legitimität als diese aus dem Jahre 1940 haben die Sowjets auf ihren baltischen Besitz nicht vorzuweisen. Sie hätten 1944 ihre gezinkte Volksabstimmung von 1940 wiederholen können, aber damit würden sie ihre Erstaufgabe selbst in Frage gestellt haben, und überhaupt dachten sie damals nicht im geringsten daran, einen historischen Ausweis dieser Art jemals nötig zu haben.

Heute ist die geschichtliche Wahrheit über die Jahre 1939 bis 1941 im Baltikum offiziell und in Moskau so gut wie offiziös anerkannt; einen frontalen Widerspruch verträgt sie jedenfalls schon nicht mehr. Wie weit sie mit der baltischen Zugehörigkeit zur Sowjetunion vereinbar wäre, ist eine mehrschichtige Frage, aber es gibt keine bejahende Antwort, die für die Sowjetunion nicht ihre spezifische Peinlichkeit hätte.

Hier wollen wir nur ein Argument anführen, das von sowjetischer Seite neuerdings vorgebracht wird. Die Frage nach der Gültigkeit oder Ungültigkeit des Hitler-Stalin-Paktes erübrige sich, heisst es, weil ihn die Deutschen 1941 ohnehin gebrochen und damit hinfällig gemacht hätten. Nun aber sind die drei baltischen Sowjetrepubliken zu eben jener Zeit zwischen 1939 und 1941 ausgerufen worden. Da müsste man die These vertreten, dass die baltische Frage mit dem damaligen Pakt nichts zu tun gehabt habe und dass Stalin, dessen durchgehende Missachtung jeglicher Demokratie inzwischen nicht mehr bestritten wird, ausgerechnet damals eine echt demokratische Volksabstimmung durchgeführt und respektiert habe – und das erst noch *nach* seiner militärischen Besetzung der fraglichen Region.

Tatsächlich nimmt sich eine solche Argumentation so unmöglich aus, dass sie in dieser ausdrücklichen Form sowjetischerseits nicht vorgebracht wird. Aber was soll denn sonst gelten?

Von allen peinlich gewundenen Diskussionen um die nationalsozialistisch («faschistisch») belastete Sowjetvergangenheit abgesehen, gilt immer mehr die pragmatische

Losung: Ihr gehört dazu, weil ihr jetzt schon so lange dazu gehört habt. Diese Losung bleibt übrig, nicht nur für das Baltikum und für die Moldau (die ebenfalls unter den gleichen Paktumständen der Sowjetunion zugeschlagen wurde und jetzt stark in Bewegung geraten ist), sondern auch für andere nicht-russische Sowjetrepubliken und Gebiete. Fast allen hatte die junge Sowjetmacht feierlich die Unabhängigkeit zuerkannt und sie dann gewaltsam annektiert, sobald sie sich den Wortbruch leisten konnte. In dieser Beziehung hat sich nicht nur Stalin so verhalten wie Hitler, sondern beispielgebend zuvor schon Lenin.

Die Raison d'état verlangt, das gegenwärtige sowjetische Territorium gelten zu lassen, egal wie es zustande gekommen ist. Aber kann man die Geschichte auf sich beruhen lassen, ausgerechnet jetzt, da sie nach Jahrzehnten der Lüge endlich aufgedeckt wird? Und kann man das Zusammenleben der Sowjetvölker aus Vernunftgründen eben zum Zeitpunkt fordern, da das bisherige Bild der glücklichen, weil sozialistischen Völkerfamilie sich als gewaltsam aufgezwungene Fiktion herausstellt?

Perestrojka und Glasnost haben die Situation geschaffen, dass man die territoriale Kontinuität auf dem Hintergrund einer Diskontinuität von Geschichte und Machtausübung betonen muss, bei der alle bisherigen Rechtfertigungen (wenigstens tendenziell) dahinfallen. Und das ist ein bisschen viel verlangt.

Am 17. August hat die KPdSU ein programmatisches Papier veröffentlicht und zur Dis-

kussion gestellt: «Die Nationalitätenpolitik der Partei unter den Bedingungen der Gegenwart.»

Zunächst distanziert es sich von der bisherigen Praxis von Stalin bis Breschnew und von der nur theoretischen Gewährung von Souveränitätsrechten an die Sowjetrepubliken. Diese sollen nunmehr schrittweise mehr Unabhängigkeit erhalten, einschliesslich der Möglichkeit, gesamtsovetische Weisungen dann nicht zu verwirklichen, wenn sie den Interessen der jeweiligen Republiken zuwiderlaufen würden. Ein oberstes Schiedsgericht soll jeweils entscheiden, wann das der Fall ist. (Die drei baltischen Staaten sind schon viel weiter und anerkennen offiziell die gesamtsovetischen Gesetze nur unter der Bedingung, dass sie vom jeweils eigenen Obersten Sowjet gutgeheissen würden.) Aber immerhin: Der KPdSU-Entwurf schlägt vor, die UdSSR auf der Grundlage von Bündnisverträgen zwischen den Mitgliedstaaten neu zu definieren. Und das ist auch die Forderung der baltischen Volksfronten – oder ist sie gewesen.

Die Entwicklung in der Region verläuft stürmisch. Einerseits kommen die separatistischen Bestrebungen bei der Bevölkerung unverhüllt und bei Behörden, Partei und Volksfront kaum mehr verhüllt zum Ausdruck, und andererseits ist der Widerstand der dortigen russischen Minderheiten bis zur Kraftprobe von Streiks gediehen.

In diese Situation platzte die ZK-Erklärung aus Moskau vom 26. August. Sie fällt weit hinter die kurz zuvor veröffentlichte Parteiplattform zurück, bedient sich des überholt

geglaubten Feindbilderjargons von früher und malt die «nationalistische Hysterie» oder die «antisowjetische Hetze» so, dass es als vorsorgliche Rechtfertigung von militärischer Gewalt verstanden werden kann. Unheimlicherweise werden auch die bedrohten «lebenswichtigen Interessen des sowjetischen Volkes und des sozialistischen Vaterlandes» genannt. Es ist offenkundig, dass hier ein Rutsch stattgefunden hat. Da die Lage in den Randgebieten der Union ausser Kontrolle zu geraten droht, sind es in der Zentrale die Hüter der geübten Ordnung, die wieder den Ton angeben. Ein Rückpfeiff für die nationalen Kräfte, welche die Perestrojka auf ihre Art ausnützen, aber auch ein Rückpfeiff für die Perestrojka selbst, die man in diesem Zusammenhang nur noch als Vorwand für die Feinde versteht.

Oder doch nicht in diesem Zusammenhang allein? Es gibt auch den politischen Widerstand, und er wird vom Parteiapparat getragen.

### Kontra der Apparatschiki

Die bremsende Bockigkeit der Nomenklatura auf allen Stufen gab es schon längst. Ihre typische Widersetzlichkeit bestand darin, bereits beschlossene Reform- oder Umbaugesetze im Verwirklichungsstadium durch passiven Widerstand zu blockieren. Das war angesichts der Häufung von alten und neuen Schwierigkeiten überall schon schlimm genug, aber es war das verhaltene Trotzen von Leuten, die nicht mehr mitkamen und bloss störrisch taten. Diesen Sommer hingegen kam es zu einer Krise in der Parteispitze, und eine unerwartet starke Koalition formierte sich zur offenen Opposition einerseits gegen Perestrojka und Glasnost und andererseits gegen deren Bannerträger Michail Gorbatschow, den Generalsekretär der Partei, selbst.

Noch kein Parteichef zuvor hatte soviel offene Kritik von seinen Kollegen einstecken müssen. Das hätte zu dem von ihm gewünschten neuen Stil gehören können, aber es war nicht so gemeint, denn die Kampfansage galt dem neuen Stil schlechthin.

Das war am 18. Juli bei der erweiterten Tagung auf dem Zentralkomitee (mit Teilnahme von GebietsparteiSekretären), und die «Prawda» (21. 7. 1989) hat darüber ausführlich berichtet.

Die Kritik richtete sich gegen die unkontrollierbaren Zustände in der Gesellschaft, gegen die Entmachtung der Partei zugunsten gewählter Parlamentarier, gegen die Straflosigkeit von «Extremisten», gegen die Preisgabe der Ideologie, gegen die «Exzesse» der Glasnost. Kurz, gegen alles, was in der Sowjetunion grundlegend neu in Erscheinung getreten ist. Hingegen wandte kein ein-



«Krokodil», Moskau, Nr. 8/1989

Fortsetzung auf Seite 12

ziger Redner etwas gegen «Reformen» ein; der Begriff wird heute von allen Beteiligten beansprucht und sagt erst dann etwas aus, wenn man weiss, was der Betreffende darunter versteht.

Jegor Ligatschow, Gorbatschows alter Rivale im Politbüro, brachte die Stimmung der «Meuterer» sicher gut zum Ausdruck, als er (mit spezieller Anspielung auf den Nationalitätenkonflikt) sagte: «Was ist denn das für ein sozialistischer Staat, der unfähig ist, seinen Bürgern persönliche Freiheit und ein ruhiges Leben zu gewährleisten? Wieso passiert das alles, und wohin treiben wir?»

Ligatschow wandte sich gegen die Zulassung von Oppositionsgruppen im Parlament (ein Gebietssekretär verlangte gar Sanktionen gegen Deputierte, welche die Partei angriffen) und warnte, dass ein Mehrparteiensystem zur Auflösung der Sowjetunion führen müsste. Dafür erinnerte er an die «Pflicht, für unsere ruhmreiche Armee zu sorgen, sie mit qualitativ hochstehenden Waffen zu versorgen und ihr Ansehen in der Gesellschaft zu erhöhen». Ein deutlicher Fingerzeig.

Ministerpräsident Nikolai Ryschkow (der bis dahin als beglaubigter Anhänger Gorbatschows und der Perestrojka galt) doppelte nach. «Der gesamte Verlauf der Ereignisse zeigt uns, dass wir (die Partei) unsere Autorität und unsere Kontrolle über das gesellschaftliche Geschehen verloren haben, indes wir weiterhin dergleichen tun, als sei nichts passiert, als hielten wir noch alle Hebel in der Hand.»

Gorbatschow zeigte sich übrigens wenig beeindruckt und konterte mit einer Offensive. Er ist zwar der nunmehr angefochtene erste Mann im Politbüro der Partei, aber in seinem aufgewerteten Amt als Staatspräsident vertritt er zugleich jene gesellschaftlich-parlamentarische Macht, der man vorwirft, sich dem Griff der Partei mehr und mehr zu entziehen. Auf jeden Fall rechtfertigte er nicht nur die Glasnost, sondern rechnete mit dem Konzept einer alleinmassgeblichen KPdSU erneut ab. Die Partei habe dem Diktat in politischen Dingen entsagt, und wenn gewisse Genossen die Übertragung der Macht auf die Sowjets «als Ende der Welt empfinden, dann ist das das Ende einer deformierten Welt».

### Die Zeit drängt

Das war das letzte Wort an jener Tagung, aber es ist noch nicht das letzte Wort im krisenreich gewordenen Land, und auch die «gestrigen» Apparatschiki wissen durchaus noch (oder wieder) etwas zu sagen. Sie drängen auf Wiederherstellung der Ordnung, mit Gorbatschow oder ohne Gorbatschow, der

übrigens auch als Präsident eines vom Par-teidiktat befreiten Staates die Union zusammenhalten will und muss.

Sei es in der nationalen Frage, sei es in der Auseinandersetzung um Partei und Gesellschaft: Die Zeit drängt.

«Heute ist eine Kurskorrektur möglich, aber morgen schon wird sie schwieriger sein.» So formulierte es Ligatschow am Ende seiner Rede. Was er und seine neu formierte Koalition von Systemrettern unter Kurskorrektur verstehen, ist eine politische Restauration unter Wiederaufnahme eines Reformkurses à la Andropow. Selbstverständlich geht es ihnen dabei um ihre eigene Stellung, aber speziell die Tatsache, dass die Perestrojka bisher wirtschaftlich so gut wie nichts gebracht hat, hilft ihnen doch bei ihrer Darstellung, die ganze Umgestaltung führe bloss dazu, das Land unregierbar zu machen.

Im Unterschied zu den Chinesen, die zunächst Landwirtschaft und Wirtschaft erfolgreich reformierten, bevor sie am Diktaturanspruch der Partei scheiterten, hat Gorbatschow als Voraussetzung zu Reformen die Schaffung neuer Machtverhältnisse und die Demokratisierung der Gesellschaft gesehen, wozu wiederum die Glasnost gebraucht wurde, die sich inzwischen quasi selbständig gemacht hat.

Auch ohne dass ein Mehrparteiensystem eingeführt worden wäre, ist das teilweise aus Volkswahlen mit freier Kandidatenbestellung hervorgegangene Parlament doch zu einem halben Gegengewicht zur Partei und ihrem Apparat geworden. Während der Tagung des Volksdeputiertenkongresses sah sich das diktatgewohnte Politbüro als solches vom politischen Geschehen so gut wie isoliert, im Unterschied zum Generalsekretär, der sich als Präsident profilierte. Das Verhältnis zwischen der nach wie vor allein anerkannten Staatspartei und den neuen Trägern politischer Gewalt ist indessen so schlecht definiert, dass die Kollision programmiert ist. Jeder Teil fühlt sich vom andern blockiert und wünscht freizukommen.

Gorbatschow, der beide Körperschaften vertritt, steht im Zentrum des wachsenden Antagonismus und kann ihn immer weniger überbrücken. Sollte es zur akuten Kraftprobe kommen, wird die Verteilung der Trümpfe von Militär, Polizei und Sicherheitsdienst eine entscheidende Rolle spielen, und die neuen Sondergremien zur Kriminalitäts- und Unruhebekämpfung (siehe letzte Nummer) stellen eine Art Notstandsdiagnose dar. Alle Varianten der Ordnungwiederherstellung sind übrigens mit oder ohne Gorbatschow denkbar. Was sich diesen Frühling in China abspielte, hätte sehr gut mit dem Sturz von Deng Xiaoping beginnen können, wenn er sich nicht an die Spitze der Reaktion gestellt hätte.

Hat die sowjetische Perestrojka mit ihren vorgezogenen politisch-gesellschaftlichen Veränderungen die Prioritäten falsch gesetzt? Auf jeden Fall haben es die chinesischen Reformen andersherum angepackt und sind dann am System gescheitert, das man bei den Veränderungen «klugerweise» ausgespart hatte. Um so viel ist es wahrscheinlicher, dass das Ende des Molochs eine ausgewachsene Revolution sein wird.

Nationales Aufbegehren und soziale Unrast schütteln heute eine Sowjetunion, bei der man es auf eine Demokratisierung hat ankommen lassen. Aber wie soll man neue Freiheiten anders verdanken als dadurch, dass man von ihnen Gebrauch macht? Ein von oben bestimmter Verlauf der Perestrojka wäre nur eine Anwendungsform der Diktatur und keine Abkehr von der Diktatur. Letztlich stellt sich die Frage, ob das sowjetische Staatsmodell überhaupt reformierbar ist, und vielleicht kommt die Antwort darauf schon bald. ■



«Krokodil», Moskau, Nr. 8/1989